Bad Salzungen stz Rhönkurier

Südthüringer Zeitung

32. Jahrgang / Nummer 76 | Mittwoch, 31. März 2021 | www.insüdthüringen.de / Preis 1,70 Euro

Brücken-Rätsel
Gewinnen Sie im März täglich
500 €
Mehr Infos im Innenteil!
Meininger Tageblatt
Südthüringer Zeitung
Freies Wort

Endspurt am Altenstein

Der Schlosspark Altenstein in Bad Liebenstein ist – als einziger in Südthüringen – einer der 25 Außenstandorte der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt. Nun geht es in den Endspurt – nicht nur für Gärtnermeisterin Margret Most. *Foto: Susann Eberlein* Seite 2

Hetze per Smartphone? Bürgermeister verliert Amt

Verschwörungsfantasien, Corona-Leugnung und rechte Hetze: Der Bürgermeister einer Rhöngemeinde verbreitet mutmaßlich demokratiefeindliche Inhalte per Telegram. Nun hat die Kommunalaufsicht ihn vorläufig des Amtes enthoben.

Von Sven Wagner

Bad Salzungen/Empfertshausen – Weil er über einen Kanal auf dem Smartphone-Nachrichtendienst Telegram offenbar wiederholt demokratiefeindliche und radikale Botschaften verbreitete, ist der ehrenamtlichen Bürgermeister von Empfertshausen, Carsten Brand, vom Landrat des Wartburgkreises vorläufig seines Amtes enthoben worden. Brand ist Angaben der Kommunalaufsicht zufolge Ende vergangener Woche ein entsprechendes Schreiben zugegangen. Man halte den ehrenamtlichen Bürgermeister für nicht mehr tragbar. Grund sind demnach mehrere Inhalte in dem Nachrichtenkanal, die „die Grenzen der Meinungsfreiheit sprengen", erklärte die Behörde unserer Zeitung auf Anfrage. Man gehe davon aus, dass Brand der maßgebliche Akteur sei und den allergrößten Teil der Beiträge darin verbreite – auch antisemitische Inhalte. Unter anderem geht es um die Aussage: „Je mehr Juden in Politik und Medien, desto übler die Zustände." Die Rede ist zudem von Hass gegen staatliche Funktionsträger, Institutionen und Parteien, der geschürt werde. „Es ist eine schrittweise Radikalisierung zu beobachten", erklären Wartburgkreis-Landrat Reinhard Krebs (CDU) und der Leiter der Kommunalaufsicht, Steffen Liebendörfer.

Der Telegram-Kanal, um den es geht, existiert Recherchen unserer Zeitung zufolge seit November vergangenen Jahres. Darin finden sich Tausende Beiträge unter anderem mit Verschwörungstheorien, Aufrufen zum Widerstand gegen eine vermeintliche „Corona-Diktatur" in Deutschland sowie Diffamierungen von Wissenschaftlern und Politikern, aber auch Aufrufe zu Demonstrationen gegen staatliche Infektionsschutzmaßnahmen etwa in Erfurt, Meiningen und Schmalkalden. Auch das „Rodeln gegen Ramelow" im Januar war dabei. Gegner der Corona-Beschränkungen hatten trotz strikter Ausgehbeschränkungen zum Wintersport im Thüringer Wald aufgerufen.

Die Kommunalaufsicht hat die Inhalte des Telegram-Kanals über Wochen ausgewertet. Fast 7000 Seiten mit Beiträgen sollen es insgesamt sein, einiges womöglich auch mit strafrechtlicher Relevanz. Die Behörde habe die Inhalte daraufhin geprüft, inwiefern Brand gegen seine auch außerdienstlich geltende Wohlverhaltenspflicht als ehrenamtlicher Bürgermeister verstoßen hatte, und sich für eine Amtsenthebung entschieden. Informationen unserer Zeitung zufolge wurde unabhängig davon auch Strafanzeige gegen Brand wegen des Telegram-Kanals erstattet. Ermittlungen dazu laufen.

Laut Kommunalaufsicht wurde Brand die Möglichkeit eingeräumt, sich zur Sache zu äußern. Auf Anfrage unserer Zeitung wollte er nichts zu den Vorwürfen sagen. Sein Amt und die damit verbundene monatliche Aufwandsentschädigung von 900 Euro ist er nun vorerst los. Das Landratsamt bereitet zudem eine Disziplinarklage vor, um ihn dauerhaft aus dem Amt zu entfernen. Darüber muss schließlich das Verwaltungsgericht entscheiden. Brand kann gerichtlich gegen seine vorläufige Dienstenthebung vorgehen. Ob er das tut, ist allerdings noch nicht klar.

Der Fall Carsten Brand: Seite 3

Laschet skizziert Ziele der Union

Berlin – Pandemie überwinden, Verwaltung digital modernisieren, Klimawohlstand durch Innovation, Zusammenhalt bewahren, Europa: Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl hat CDU-Chef Armin Laschet seine Ideen für eine neue unionsgeführte Regierung nach der Ära von Kanzlerin Angela Merkel präsentiert. Deutschland solle zum „Land der Macherinnen und Macher" weiterentwickelt werden, sagte Laschet am Dienstag. *dpa* Seite 4

Klartext

Einbinden statt drangsalieren

Von Matthias Schiermeyer

Ein wenig sieht es so aus, als wolle die Politik der Wirtschaft einen Teil der Verantwortung für ihre missglückte Coronapolitik rüberschieben. Nach der aktuellen Lesart der Bundesregierung liegt es auch an den Unternehmen, dass viel zu wenig getestet wird. Nun werden gesetzliche Vorgaben erwogen – auf die Wirkung der Selbstverpflichtung seitens der Wirtschaftsverbände soll demnach nicht mehr gewartet werden.

Würde ein Zwang, die im Betrieb präsenten Mitarbeiter zweimal in der Woche zu testen, die Infektionslage verbessern? Grundsätzlich ist das denkbar. Aber der bürokratische Aufwand wäre enorm. Zudem müsste die Politik zunächst viele offene Fragen klären wie: Gibt es ausreichend Tests, und wo kommt der Nachschub her? Wie lassen sich die Testergebnisse in sinnvoller Weise digital verarbeiten? Darf der Arbeitgeber jeden Mitarbeiter zur Teilnahme zwingen? Benötigen speziell die Firmen in Existenznot eine finanzielle Unterstützung? Kurzum, die Regierung sollte sich diesen Schritt gut überlegen, bevor sie eine weitere Bauchlandung macht – obwohl sie wegen der Infektionsgefahr keine Zeit mehr hat.

Dass das Engagement der Wirtschaft auf freiwilliger Basis abgerufen werden sollte, zeigt sich auch beim Impfen – denn die Betriebsärzte stehen bereit, zügig und unbürokratisch loszuimpfen. Doch macht die Politik an der Stelle bislang eher wenig Anstalten, die Unternehmen einzubinden. Dabei wird für das nächste Quartal so viel Vakzin versprochen, dass sich damit ein hohes Impftempo vorlegen lässt. Betriebsärzte sind neben den Hausärzten in der Lage, der Impfkampagne die nötige Geschwindigkeit zu verleihen, wenn sie nicht noch monatelang von einer Prioritätenliste gebremst werden. redaktion@stz-online.de

Astrazeneca nur noch für Ältere?

Berlin – Der Impfkampagne gegen das Coronavirus in Deutschland droht ein neuer Rückschlag. Die Ständige Impfkommission (Stiko) erwägt, den Impfstoff des britisch-schwedischen Herstellers Astrazeneca nur noch für Menschen über 60 Jahre zu empfehlen. Das geht aus einem Beschlussentwurf der Stiko hervor, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) wollten noch am Dienstag kurzfristig mit den Ministerpräsidenten der Länder über das weitere Vorgehen beraten. Danach war eine Pressekonferenz geplant.

Hintergrund der Diskussion ist eine Reihe von Hirnvenenthrombosen, die im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen aufgetreten sind, vorwiegend bei Frauen unter 55. In Deutschland sind bislang 31 Fälle

Dilek Kalayci. *Foto: dpa/Fabian Sommer*

solcher Blutgerinnsel nach Impfungen mit Astrazeneca bekannt, wie das Paul-Ehrlich-Institut am Dienstag berichtete.

Die Länder Berlin und Brandenburg haben die Impfungen mit Astrazeneca bei Menschen unter 60 Jahren bereits am Dienstagmittag gestoppt. Berlins Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) verwies auf neue Daten über Nebenwirkungen und sprach von einer „Vorsichtsmaßnahme". Auch in München werden bis auf Weiteres keine Menschen unter 60 mehr mit dem Präparat geimpft.

Deutschland – und zahlreiche andere Staaten – hatten die Impfung mit dem Astrazeneca-Stoff bereits Mitte März vorübergehend ausgesetzt, weil mehrere Fälle mit Thrombosen (Blutgerinnseln) in den Hirnvenen in zeitlichem Zusammenhang zur Impfung gemeldet wurden. Danach wurde das Präparat aber wieder verabreicht. Die Europäische Arzneimittel-Agentur Ema hatte die Sicherheit des Vakzins bekräftigt, auch die Stiko hatte sich für einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen. *dpa* Seite 5

Guten Morgen!

Die Kirchen feiern Ostern wieder nur eingeschränkt

Ostern ist das zentrale Fest der Christen. Zum zweiten Mal in Folge kann es – wenn es die Inzidenzwerte vor Ort überhaupt zulassen – nur unter strengen Auflagen gemeinsam in den Kirchen der Region gefeiert werden. „Das macht mich traurig, aber nicht ohne Hoffnung. Ich gebe die Zuversicht nicht auf, dass unsere Kirche und die Gemeinden ihren Auftrag ernst nehmen. Der kann nur lauten: Wir verkündigen den auferstandenen Herrn, in welcher Form auch immer", sagt Alfred Spekker, Pfarrer in Frankenheim und amtierender Superintendent des Kirchenkreises Bad Salzungen-Dermbach. Das Bistum Fulda, zu dem die katholischen Kirchgemeinden in der Thüringer Rhön gehören, plant Präsenz-Gottesdienste an den Kar- und Ostertagen mit strengen Auflagen. Ihnen allen einen schönen Tag! **Lokalteil**

Nachricht des Tages

Betrunkener tritt gegen Auto und zeigt sich später selbst an

Bad Wörishofen – Ein betrunkener Mann hat in Bad Wörishofen (Landkreis Unterallgäu) ein geparktes Auto beschädigt und sich später selbst bei der Polizei angezeigt. Der Fahrer saß noch im Auto, als der 42-Jährige mehrmals ohne erkennbaren Grund gegen die Fahrertür trat, teilte die Polizei am Dienstag mit. Nachdem der 20 Jahre alte Autobesitzer von innen die Türen verriegelt hatte, riss der Täter am Montag den Griff der Fahrertür ab. Als der Fahrer ausstieg, habe der 42-Jährige ihm völlig überraschend seinen Personalausweis gegeben und sei nach Hause gegangen. Später ging der Betrunkene selbst zur Polizei und erklärte, was er getan hatte. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 2,3 Promille. *dpa*

Lesermeinung des Tages

Klingt erstaunlich, ist aber so: Urlaub auf Mallorca ist möglich in der Corona-Krise, ein paar ruhige Tage an der Ostseeküste sind es aber nicht. Sabine Kraft (58) aus Schmalkalden meint:

Ich bin bestimmt ein sehr verständnisvoller Mensch, aber was da zur Zeit abgeht, damit komme ich nicht zurecht. Tausende Menschen dürfen nach Mallorca fliegen, aber im eigenen Land gibt's null Urlaubsreisen über Ostern oder die Osterferien. Da fehlt mir das Verständnis, vielleicht liege ich auch falsch. Viele Menschen wären von Süd nach Nord gefahren und mit Sicherheit genauso viele von Nord nach Süd gereist. Es werden ja nicht plötzlich mehr Menschen, nur weil sie Urlaub haben und mal Luftveränderung brauchen, mal raus aus diesem Corona-Trott, Homeoffice und Schule zu Hause. Ferienwohnungen und Wohnwagen wären doch gegangen. Einkaufen muss ich da, wo ich mich aufhalte und lebe, alles andere hat zu, kein Museum, kein Kino ist geöffnet. Ich kann aber Strandspaziergänge machen oder am anderen Ende von Deutschland stundenlang durch den Wald laufen.

TEAG zahlt Millionen an die Kommunen

Erfurt – Die Thüringer Kommunen können auch nach dem Corona-Krisenjahr 2020 wieder mit Gewinnausschüttungen des Energieversorgers TEAG rechnen. „Wir haben eine gute Basis, um eine unveränderte Dividende an unsere kommunalen Anteilseigner auszuschütten", sagte der Vorstandssprecher der Thüringer Energie AG, Stefan Reindl, am Dienstag. Im Sommer will die TEAG daher von dem erwirtschafteten Gewinn in Höhe von 78,1 Millionen Euro rund 62,8 Millionen Euro an die Kommunen als Mehrheitsaktionäre des Unternehmens ausschütten. Der Aufsichtsrat empfehle erneut eine Dividende von 20 Euro pro Aktie. Rund 700 Thüringer Städte und Gemeinden halten seit 2013 rund 84 Prozent der Anteile an dem größten Energieversorger im Freistaat. Der kommunale Energiedienstleister zog trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie eine positive Bilanz für das Geschäftsjahr 2020. *dpa*

32013
4 194519 801701

Service
☎ (03695) 6709997
(Abo und Zustellung)

Zentralredaktion: ☎ (0 36 95) 55 50 50
Private Kleinanzeigen: ☎ (0 36 95) 6709998
Leser-/Ticketshop: ☎ (0 36 95) 55 50 10

Redaktion: redaktion@stz-online.de
Leserbriefe: leserpost@stz-online.de
Service: aboservice@stz-online.de

Wetter: Seite 12

Verquerte Welt

Ein Rhöner Bürgermeister driftet in die Coronaleugner-Szene ab. Es bleibt nicht beim Demobesuch, sondern wird extremer. Nun gibt es Konsequenzen.

Von Sven Wagner

Die „Querdenker"-Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig. Unter den Protestierenden waren Medienberichten zufolge auch zahlreiche Rechtsextremisten. Später folgten Ausschreitungen, der Tag endete im Desaster und wurde zum bundesweiten Gesprächsthema. *Foto: Sebastian Kahnert/ dpa*

Wann genau der Wandel begann, lässt sich nur schwer sagen. Vor knapp zwei Jahren jedenfalls schien wohl noch alles in Ordnung: Carsten Brand, damals 42 Jahre alt und parteilos, will Bürgermeister von Bad Liebenstein werden. Er tritt für die SPD an, posiert am Elisabeth-Park für Pressefotos, sein Konterfei ist überall im Ort auf Wahlplakaten der Sozialdemokraten zu sehen. Im Interview spricht Brand damals davon, im Falle eines Wahlsiegs Radwege ausbauen und Jugendliche für die Politik begeistern zu wollen. Verbinden und nicht teilen, das sei sein Motto.

Bürgermeister war der gelernte Heizungsbauer zu diesem Zeitpunkt bereits – ehrenamtlich, im 30 Kilometer entfernten Rhöndörfchen Empfertshausen im Südzipfel des Wartburgkreises. Und nachdem am 6. Januar 2019 die Wahllokale in Bad Liebenstein schließen, ist alsbald klar, dass es für Brand keinen Umzug in das Kurstadt-Rathaus geben wird. Er bekommt 414 der etwas mehr als 3000 abgegebenen Stimmen. Der CDU-Kandidat und bisherige Bürgermeister Michael Brodführer verteidigt sein Amt mit fast 70 Prozent deutlich – also hieß es, in Empfertshausen bleiben. Das Dorf mit seinen knapp 500 Einwohnern ist beschaulich. Hier gibt es eine traditionsreiche Holzbildhauer-Schule, das beliebte Ausflugsziel „Katzenstein" ist in der Nähe und rundherum findet man die Naturidylle des Biosphärenreservats Rhön direkt an der thüringisch-hessischen Grenze.

Inzwischen hat die Beschaulichkeit allerdings erhebliche Kratzer bekommen, im Dorf herrscht Unbehagen. Es geht um Beiträge in einem Smartphone-Nachrichtendienst, demokratiefeindliche Verschwörungstheorien, fragwürdige Demonstrationen. Und all das hat mit dem hier bis zuletzt weiter amtierenden ehrenamtlichen Bürgermeister zu tun, mit Carsten Brand.

Um den 10. November vergangenen Jahres kursiert eine Art Rundschreiben im Dorf, das sich an die „werten Empfertshäuserinnen und Empfertshäuser" richtet – unterzeichnet und mit freundlichen Grüßen versehen ist das Papier von Brand. In gefetteten Lettern heißt es darin: „Ja ich war in Leipzig, Ja ich habe mir persönlich ein Bild gemacht." Gemeint ist eine der zahlreichen Demonstrationen gegen staatlich angeordnete Infektionsschutzmaßnahmen wie jüngst in Kassel, die damals in der sächsischen Metropole stattfand.

Radikale Symbolik

Immer wieder gab es im vergangenen Jahr in deutschen Städten solche Veranstaltungen, die in Anspielung auf die Organisatoren als „Querdenker"-Demos bezeichnet werden. Ganz am Anfang war noch die Rede von einer „bunten Mischung" aus besorgten Kleinunternehmern und Künstlern, Familien und Individualisten, die in Feierlaune gegen Schließungen, Masken und Abstand demonstrierten. Doch immer häufiger wurden dort auch krude Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie verbreitet, die Bundespolitik zur Diktatur erklärt und bald war klar, dass auch Reichsbürger und knallharte Neonazis mitmarschieren. Die „bunten" Querdenker färbten sich bald schwarz-weiß-rot. Und spätestens als jene Farben des Deutschen Reichs am Rande einer Demo am 29. August in Berlin auf den Treppen des Bundestags gehisst wurden, nachdem Demonstranten gewaltsam eine Absperrung dorthin durchbrochen hatten, war klar, wie gefährlich das Ganze ist.

Für den 7. November hatten die Initiatoren zu einer weiteren Großdemonstration aufgerufen, diesmal in Leipzig. Und schon im Vorfeld wurde heftig um die Veranstaltung gerungen. Die Polizei hatte sich auf mehrere Zehntausend Demonstranten, fast 30 Einzelkundgebungen und Gewalteskalationen eingestellt. Am Ende nicht gut genug: Es gab Angriffe auf Polizisten und Medienvertreter, der Tag endete im Desaster, wurde im Anschluss bundesweit zum Gesprächsthema. Journalisten vor Ort dokumentierten radikale Symbolik auf Flaggen und Bannern; zahlreiche Rechtsextremisten waren demnach unter den Demogängern. Im Anschluss sprach Thüringens oberster Verfassungsschützer Stephan Kramer davon, dass „Querdenken" inzwischen nicht mehr nur von Rechtsextremisten gekapert, sondern selbst extremistisch werde.

Und mittendrin im Leipziger Geschehen war: Carsten Brand aus Empfertshausen. Das erklärte er selbst kurz darauf in jenem Rundschreiben an die Bewohner seines Heimatdorfes; zudem existieren Fotos, die sehr wahrscheinlich ihn vor Ort zeigen. Und es gibt weitere Indizien, die darauf hindeuten, dass er sich nicht nur vor Ort „ein Bild gemacht", sondern für die Demonstration und Busfahrten nach Leipzig geworben hat.

Bemerkenswert ist aber vor allem die Art und Weise, wie Brand den Einwohnern seines Dorfes seine „Stellungnahme" unterbreitet hat: in einem Ton, der nicht mehr nach dem freundlichen, SPD-nahen Bürgermeisterkandidaten von vor zwei Jahren klingt, der Willy Brandt sein Vorbild nannte und in der Zeitung „am liebsten regionale Nachrichten" liest. Stattdessen ruft Brand die Einwohner des Ortes wortwörtlich dazu auf, sich „nicht von den Medien, Tagespresse und den Nachrichten im Radio oder Fernsehen fehlleiten" zu lassen. Und behauptet über die Demo in Leipzig weiter: „Rechte konnten wir nicht feststellen".

Allein das wirft viele Fragen auf. Warum macht sich Brand derart für diese Veranstaltung stark? Steht er tatsächlich für die mitunter extremen dort verbreiteten Inhalte (Politiker und Wissenschaftler verhaften lassen)? Und darf er in seinem Heimatort überhaupt ein solches Stellungnahme-Schreiben zirkulieren lassen?

Im Grunde kann Brand jede legale Demo besuchen, die er möchte. Verboten ist das nicht; es zählt zu seinen Grundrechten. Das sagt auch die Kommunalaufsicht für den Wartburgkreis, die Brand inzwischen ins Visier genommen hat. Auch seine Gedanken zu Corona, zum Infektionsschutz und zu entsprechenden von der Politik verordneten Maßnahmen kann ihm niemand verbieten – egal, wie fragwürdig sie sind. Denn, wie die Behörde erklärt, muss ein Bürgermeister auch Privatperson sein dürfen. Aber: Das Verhältnis sei eben nicht immer trennscharf.

Im deutschen Beamtenrecht gibt es eine sogenannte Wohlverhaltenspflicht. Demnach sollte das Verhalten von Amtsträgern „innerhalb und außerhalb des Dienstes der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die der Beruf erfordert". Bei „nur" ehrenamtlich Tätigen, ist eine Bewertung des Verhaltens jedoch besonders schwierig, sagt Steffen Liebendörfer, Leiter der Kommunalaufsicht. Ob Brand mit seinem Schreiben formal gegen geltendes Recht verstoßen hat, lässt sich also nicht so ohne Weiteres sagen. Doch welches Signal sendet es, wenn er eine solche Demonstration besucht und rechtsextreme Kräfte dort herunterspielt? Darf er den Dorfbewohnern seine völlig subjektive Sichtweise dazu als Wahrheit verkaufen? Ist es nicht fatal, dass dieser Bürgermeister mit Vorbildfunktion zum Medienboykott aufruft?

Carsten Brand. *Archivfoto: se*

Das alles ist die eine Sache. Es gibt aber noch eine andere – und für die interessiert sich inzwischen nicht nur die Kommunalaufsicht, sondern auch die Polizei. Diese Sache spielte sich jedoch nicht in dem Rhöndorf ab, sondern im Verborgenen, auf den Smartphones von einigen Dutzend Leuten. In der Nachrichten-App Telegram wurde Anfang November – also kurz vor den Ereignissen in Leipzig – ein neuer Chatkanal mit dem Stichwort „Rhön" eröffnet, Informationen unserer Zeitung zufolge womöglich von Carsten Brand. Und was dort geschrieben wurde, wird für ihn nun zum Problem.

Hass gegen die Politik

In Telegram-Chatkanälen können sich Menschen mit ähnlichen Interessen austauschen. Man tippt eigene Worte oder „teilt" Beiträge – verbreitet also Texte, Bilder oder Videos, die man von anderen Chatgruppen oder sonst wo aus dem Internet kopiert hat. Kanäle gibt es für alles Mögliche: das örtliche Tierheim, Ernährungstipps vom Fitnesscoach oder den Karnevalsverein. In autoritär regierten Staaten nutzen auch oppositionelle politische Gruppen die App, um sich zu organisieren. Denn Telegram gilt als sicher verschlüsselt, was Aktivisten in der Regel vor Verfolgung schützt. Das macht die App aber ebenso bei radikalen Kräften beliebt. Zuletzt häufte sich hierzulande die Kritik an Telegram, weil immer deutlicher wurde, dass dort auch menschenverachtende und demokratiefeindliche Inhalte umherschwirren. Verschwörungstheoretiker wie der per Haftbefehl gesuchte rechtsextreme Koch Attila Hildmann und viele andere verbreiten so immer wieder absurde Erzählungen über eine angebliche „Corona-Diktatur" in Deutschland. Neuerdings versucht auch die Thüringer AfD-Landtagsfraktion, Menschen auf ihren Telegram-Kanal zu ziehen. Andere nutzen die App, um für Demos gegen Infektionsschutzmaßnahmen zu mobilisieren. Allesamt erreichen sie in der Summe längst ein Millionenpublikum.

Diese Dimension hatte der Rhön-Chatkanal zwar keineswegs. Aber die schiere Anzahl – laut Kommunalaufsicht ergäben die gesammelten Inhalte ausgedruckt 6900 Seiten – und Art der dort bis zuletzt verbreiteten Beiträge offenbaren Abgründe. Liest man sich durch die Inhalte, was nicht immer leicht zu ertragen ist, zeigt sich eine bizarre Welt von obskuren Verschwörungsfantasien, Corona-Leugnertum und Hass gegen die Politik der Bundesrepublik.

Neben altbekannten Behauptungen aus der Reichsbürgerszene (die BRD sei kein Staat, sondern ein Unternehmen) finden sich absurde Pamphlete, in denen die Corona-Pandemie als geplant dargestellt wird und die Rede von „hybrider Kriegsführung" ist; während die Reisefreiheit in Europa Corona-bedingt eingeschränkt werde, kämen „kampflustige Flüchtlinge" mit Charterflügen an. Außerdem: seitenlange Abhandlungen selbst ernannter „Querdenker-Anwälte" zum Infektionsschutzgesetz, Behauptungen über Zwangsimpfungen und Erzählungen darüber, dass Impfstoffe Aids verursachten. In anderen Beiträgen wird der Nutzen von Schutzmasken (sie seien giftig) und Covid-Tests (sie seien schädlich) in Abrede gestellt.

Zwar finden sich auch viele Beiträge, die nicht anstößig sind, etwa Verweise auf Einzelhändler, die pleitegehen, oder auf die Folgen des langandauernden Lockdowns für Kinder. Doch insgesamt gesehen ist die Schlagrichtung klar: Alles wird in den Kontext einer vermeintlichen Corona-Verschwörung gesetzt. Die Gefahr des Virus wird heruntergespielt, während Widerstand gegen Infektionsschutzmaßnahmen heraufbeschworen und zum Einsatz für die Freiheit im Kampf gegen geheime Mächte hinter der Pandemie umetikettiert wird. Es wirkt, als seien die Menschen, die in diesen Sphären verkehren, besessen von dem Gedanken.

Im Rhön-Chatkanal fanden sich vor allem von anderswoher weitergeleitete Nachrichten, Bilder, Videos und Audiobeiträge. Die allermeisten, davon geht die Kommunalaufsicht aus, hat Carsten Brand selbst dort weiterverbreitet. Und tatsächlich gibt es Hinweise auf ihn: Ein Teilnehmer schrieb in einem Beitrag etwa „viel Erfolg dem Bürgermeister und seinen Mannen", ein weiterer schickte einen „Gruß an den lieben Carsten". Und unter dem allergrößten Teil der Beiträge in dem Kanal fand sich das Kürzel CB. Dieser CB wiederum ist gleich nach dem Start des Kanals darin aktiv gewesen und hat für die „Querdenker"-Demo in Leipzig Anfang November geworben.

Spaltung im Dorf

In der Rhön sind Brands mutmaßliche Umtriebe und die offensichtlich dahinterstehende Gesinnung einigen bekannt. Es heißt sogar, der ehrenamtliche Bürgermeister habe sich zuletzt kaum noch um Anliegen in Empfertshausen gekümmert. Anlagen seien nicht mehr gepflegt worden, stattdessen verbreite er seine Ansichten. Auch wenn das mit dem Kümmern nicht jeder so sieht: Es fallen die Worte „Maskenablehner" und „gefährlich", die Rede ist gar von einer Spaltung im Dorf.

Was aber treibt Carsten Brand dazu? Einer, der ihn kennt, beschreibt ihn als anfangs euphorischen Bürgermeister. Viele Dinge habe er zum Amtsantritt Mitte 2016 anpacken wollen, nachdem er als Kandidat der Feuerwehr mit über 80 Prozent der Stimmen gewählt worden war. In der kommunalpolitischen Realität habe es aber oft Hürden gegeben. Brands Ton sei irgendwann forscher geworden und es habe sich eine größer werdende Skepsis gegen „die da oben" bemerkbar gemacht. Bis hin zum Abdriften in Verschwörungstheorien.

Diese, sagen Forscher, sind durch Internet und soziale Medien besonders wirkmächtig. Es ist das, was man Filterblase nennt: Man bekommt statt unterschiedlicher Sichtweisen irgendwann nur noch gezeigt, was man sehen will. Und wer anfangs wissenschaftliche Erkenntnisse und Fakten anzweifelt, läuft Gefahr, sich weiter von der Realität zu entfernen. Beispiele, wie das aussehen kann, gab es im Rhön-Chatkanal genug: Da wurden Erzählungen gesponnen, wonach die Bevölkerung „vom Lockdown direkt ins Konzentrationslager" geführt werde. Da wurde die Demokratie der Bundesrepublik als „Corona-Stalinismus" bezeichnet und Thüringens Ministerpräsident mit dem Label „LinkeNazi und Verbrecher" versehen. Da fielen die Begriffe „NS-Regime 2.0" und „Merkels Auschwitz-Personal" (bezogen auf die Polizei).

Sieht man sich die Quellen dieser Berichte genauer an, findet man vor allem dubiose Portale, die offensichtlich Falschinformationen streuen. Ein bemerkenswertes Beispiel ist der Bericht „Vom Lockdown ins Konzentrationslager": Er macht optisch einen authentischen Eindruck und wirkt aufgrund einer zum Verwechseln ähnlichen Webseitenadresse wie ein Artikel der renommierten britischen Tageszeitung *The Telegraph*. Tatsächlich entstammt er aber einem frei zugänglichen Portal, mit dem sich beliebig Artikel kreieren lassen. Nach nur wenigen Klicks hat man einen seriös erscheinenden „Nachrichtenbericht" erstellt und kann diesen nach Lust und Laune im Internet verbreiten.

Beiträge von ganz rechts

Eine weitere Quelle vieler Beiträge ist das Compact-Magazin, das vom Verfassungsschutz seit knapp einem Jahr als „Verdachtsfall einer rechtsextremistischen Bestrebung" eingestuft ist. Und das ist symptomatisch für den Rhön-Chatkanal; er ist voll von allerlei Beiträgen von ganz weit rechts: Der Hardliner Martin Kohlmann, der einst für Pro Chemnitz Bürgermeister in der Sachsenstadt werden wollte, taucht in einem Video auf, ebenso Björn Höcke neben Texten von Eva Herman – alles inmitten von Lobreden auf „Querdenker"-Demos, Patrioten-Rhetorik und eben auch womöglich strafrechtlich Relevantem.

Zwei Beiträge in dem Telegram-Kanal von Anfang des Jahres und vergangener Woche, die ebenfalls Brand als Verbreitendem zugerechnet werden, sind besonders auffällig: In einem wird dazu aufgefordert, „Biden und Soros" zu hängen. Gemeint sind offenbar der US-Präsident und der Investor Georg Soros – ein Feindbild der Rechten. Im zweiten Beitrag wird gefragt, ob es „nur ein Problem mit Corona" oder nicht „vor allem ein Juden Problem" gebe. Dazu wird unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel als „polnischstämmige Jüdin" bezeichnet. Daneben der Satz: „Je mehr Juden in Politik und Medien, desto übler die Zustände!".

Auch wenn Carsten Brand diese Beiträge nicht selbst erstellt hat – dass er sie mutmaßlich in dem Chatkanal verbreitete, hat nun Konsequenzen – die Kommunalaufsicht hat ihn vorläufig seines Amtes als ehrenamtlicher Bürgermeister enthoben. Dagegen kann er zwar klagen. Das weiß auch der Landrat des Wartburgkreises, Reinhard Krebs, der sagt: „Rechtsstaatliche Prinzipien gelten selbstverständlich auch zugunsten derjenigen, die dem abwegigen Glauben verfallen sind, Corona sei eine Verschwörung und wir alle würden nun in einer Diktatur leben". Doch eine Disziplinarklage mit dem Ziel, Brand dauerhaft aus dem Amt zu entfernen, soll laut Kommunalaufsicht folgen. Und der Fall zieht weitere Kreise: Informationen unserer Zeitung zufolge wurde Ende Januar eine Anzeige in dem Zusammenhang von der Polizei bearbeitet. Aktuell äußert sich Julia Kohl, Sprecherin der Polizeiinspektion Suhl, nicht und verweist auf laufende Ermittlungen.

Wie Brand auf diese Entwicklungen reagieren wird, lässt sich schwer sagen. Auf Anfrage unserer Zeitung äußert er sich nicht öffentlich zu den Vorwürfen. Offenbar treibt es ihn aber um. Noch am Abend des Tages, an dem ihm die Nachricht seiner Amtsenthebung zugestellt wurde, war der Rhön-Chatkanal nicht mehr zu finden, wohl gelöscht. An seiner politischen Zukunft strickt der derzeitige Nicht-Bürgermeister derweil aber sichtbar weiter – und die hat mit den Sozialdemokraten, wie noch vor zwei Jahren, nichts mehr zu tun.

Am 21. März, zwei Tage vor dem „Juden-Beitrag" im Telegram-Kanal, hat der AfD-Verband des Wartburgkreises auf seiner Facebook-Seite die Kandidatenliste für die Kreistagswahl im Sommer veröffentlicht. Platz 13: Carsten Brand, Empfertshausen.